

Essen, 29.10.2019

## Newsletter – Ausgabe Nr. 14

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 11. Oktober 2019 hat die 24. Verbandsversammlung, das „Ruhrparlament“ getagt. Bereits im Vorfeld dieser Sitzung gab es in den Medien eine umfangreiche Berichterstattung zur Verschiebung der Fertigstellung des Regionalplans Ruhr, der eigentlich noch vor der Kommunalwahl 2020 verabschiedet werden sollte. Die Gründe hierfür bedürfen aus unserer Sicht der Aufarbeitung. Die mediale Berichterstattung unter dem Tenor „Kann der RVR überhaupt Regionalplanung?“ teilen wir nicht.

Wie wir die Situation bewerten und welche Folgen dies für die räumliche Entwicklung der Kommunen hat, könnt Ihr im Bericht über die Verbandsversammlung nachlesen – und manches andere mehr.

Eine anregende Lektüre wünscht der Fraktionsvorstand DIE LINKE im RVR  
Wolfgang Freye, Eleonore Lubitz, Fatma Karacakurtoglu und Olaf Jung



### Die Themen im Überblick:

#### **Wichtiges aus der 24. Verbandsversammlung**

**Die Verzögerung der Regionalplanaufstellung – Bauernopfer lösen nichts** Seite 2  
**Abgrabungskonferenz in Wesel ein erster Schritt – Bürgerinitiativen einbinden**

**Regionales Mobilitätsentwicklungskonzept – 23 Pilotprojekte stehen** Seite 3  
**Rahmennutzungskonzept Halden – Diskussion in den Kommunen notwendig**  
**Haushalt des RVR eingebracht**  
**Zuschüsse an die Freizeitgesellschaften steigen – Investitionsmittel nicht ausreichend**

**Literaturpreis Ruhr wird neu aufgestellt** Seite 4  
**Europäische Zusammenarbeit wächst – Kooperation mit dem polnischen Verband Metropolis GZM**

#### **Neuigkeiten aus den Ausschüssen**

##### **Die Fraktion fragte nach:**

Konkurrenzdruck auf die Bäder und Freizeitgesellschaften steigt  
Schulschwimmen in den Freizeitgesellschaften nicht umsetzbar

**Eigenbetrieb Ruhr Grün – neue Wege gegen das Waldsterben beschreiten**

#### **Einige Pressemitteilungen**

**(alle Pressemitteilungen und weitere Informationen unter [www.dielinke-rvr.de](http://www.dielinke-rvr.de))**

Seite 5

---

## Die Verzögerung der Regionalplanaufstellung – Bauernopfer lösen nichts ...

---



### **Was ist eigentlich passiert?**

Auf Grund der Änderungen im Landesentwicklungsplan durch die schwarz-gelbe Landesregierung und der Vielzahl der eingegangenen Stellungnahmen (insgesamt 5000) ist bei der derzeitigen Personalausstattung der Planungsverwaltung der Zeitplan aus den Fugen geraten. Eine rechtssichere Verabschiedung des Plans vor der Kommunalwahl 2020 ist unter den Bedingungen nicht mehr zu schaffen.

### **Wie bewerten wir die entstandene Situation, den Ruf der CDU, nach Abwahl des Dezernenten Martin Tönnes unterstützt von SPD und einem Teil der Grünen?**

Die Art der Kommunikation über die Verschiebung des Aufstellungsbeschlusses über den Regionalplan ist wirklich keine Glanzleistung des Verwaltungsvorstandes und auch darüber hinaus sind Fehler gemacht worden. Mit der Fokussierung des Problems auf die Arbeit des Dezernenten Martin Tönnes lenkt die große Koalition aber von den eigentlichen Problemen, Hintergründen und Ursachen ab. Die Regionaldirektorin Frau Karola Geiß-Netthöfel (SPD), welche nach dem RVR-Gesetz die oberste Regionalplanerin ist, wird aus der Schusslinie genommen. Als sich die Überarbeitung des bestehenden Regionalplans in Düsseldorf verzögerte, sind Verwaltung und Politik die Schritte gemeinsam gegangen. Dort wollte niemand, wie beim RVR vor allem die CDU, politischen Profit daraus ziehen.

Viele innovative Sachen, wie das Dialogverfahren, die Beteiligung der Bürger\*innen oder das System zur Erfassung und Berechnung von Siedlungsflächenbedarfe ruhrFIS, fallen jetzt in der Bewertung des Prozesses hinten rüber. Dabei sind sie sehr positive, in der Fachwelt akzeptierte Neuerungen des RVR bei der Entwicklung des Regionalplans. Die Notwendigkeit einer ausreichenden personellen und finanziellen Ausstattung der Regionalplanung durch das Land, gerät in den Hintergrund. Die XXL-Koalition hat die Forderung nach einer ausreichenden Personalausstattung nur halbherzig getragen, wir haben mehrere Vorstöße gemacht. Jetzt, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, will das Land dem RVR drei zusätzliche Planstellen zur Verfügung stellen.

Seit mehr als 6 Monaten streiten sich CDU, SPD und Grüne, in welcher Form die Politik in das weitere Verwaltungsverfahren zum Regionalplan eingebunden werden soll. Ein Streit, der darüber hinwegtäuscht, dass die CDU grundsätzlich eine andere Weichenstellung im Regionalplan will. Bis heute ist der CDU-Fraktion im RVR der gesamte Entwurf zu grün. Zu groß wäre der Freiraumschutz, zu sehr die Einschränkungen für die Wirtschaft, getreu der Linie des schwarz-gelben Entfesselungspaket für die Wirtschaft in NRW.

Gerade bei der Ausweisung von Gewerbeflächen in ausreichendem Maß zur Schaffung von mehr sozialversicherungspflichtigen, gut bezahlten Arbeitsplätzen geben wir dem Flächenrecycling Vorrang.

Die in den Medien diskutierte Frage, ob der RVR weiterhin die Planungskompetenz behalten soll, schadet dem Verband. Die bisherige gute Arbeit und die Leistungen der Mitarbeiter\*innen im Planungsbereich werden damit unbegründet in Frage gestellt. Es ist der Versuch die Bedeutung der Verbandsversammlung als politisches Sprachrohr des Ruhrgebietes zu beschränken.

### **Wie geht es weiter?**

Die Verbandsversammlung hat eine Kommission eingerichtet, besetzt durch Politiker aller Fraktionen. Bleibt abzuwarten, wann diese das erste Mal tagt. Die Verwaltung ermittelt aktuell die Bedarfe in den Kommunen zur Änderung der bestehenden Regionalpläne, um Flächen für Wohnen und Gewerbe bereits jetzt entwickeln zu können. Im Dezember wird die Verbandsversammlung über die Abwahl von Martin Tönnes entscheiden.

---

## Abgrabungskonferenz in Wesel stößt auf viel Kritik – Bürgerinitiativen einbinden!

---

Kiesgewinnung war und ist im Kreis Wesel schon immer ein Thema. Mit dem großen Kniefall der Landesregierung vor der Kiesindustrie, in dem sie im Landesentwicklungsplan die Zeiten zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit um 5 Jahre verlängert hat ohne die Kriterien zur Bedarfsermittlung zu ändern, hat sich die Diskussion verschärft.

Der RVR als Regionalplanungsbehörde ist durch die Landesregierung verpflichtet worden eine Abgrabungskonferenz durchzuführen. Am 8. Oktober 2019 fand die erste im Kreishaus Wesel statt. Die Bürgerinitiativen (BI) gegen die Abgrabung haben diese Veranstaltung boykottiert. Sie vertraten die Auffassung, dass ihre Anliegen in dem Format nicht genug Gehör gefunden hätten. So wäre die Veranstaltung fast zur Lobbyveranstaltung der Kiesindustrie geworden, wenn nicht auch betroffene Landwirte, Fachleute aus der Wasserwirtschaft und Bürgermeister ihre Bedenken vorgetragen hätten.

Wolfgang Freye forderte den Verband auf, den Dialog mit den BI noch vor der 2. Offenlage des Regionalplans zu suchen. Man sollte stärker über ein Dialogformat nachdenken und die Themen breit aufstellen.

Die „Gegenveranstaltung“ im Rathaus in Kamp-Lintfort machte deutlich, wie komplex das Thema Kiesabbau ist und wie breit es im Kreis Wesel diskutiert wird. Da geht es neben der Verortung von Flächen um die Auswirkungen auf die Landschaft, das Wasser, die Notwendigkeit von Betonrecycling und die Eindämmung des Kiesabbaus. Das Fachwissen von Bürger\*innen, NABU und Wissenschaft gilt es in die Diskussion um den Regionalplan einzubringen, um z.B. Trinkwasserreservegebiete zu schützen, Flächen für Wissenschaft und Forschung oder Recycling von Baustoffen vorhalten zu können.

---

## Regionales Mobilitätsentwicklungskonzept – 23 Pilotprojekte stehen

---



Bereits 2012 beschloss die Verbandsversammlung auf Antrag von SPD, Grünen und DIE LINKE die Erarbeitung eines Regionalen Mobilitätsentwicklungskonzeptes. Es soll die gesamte Region und alle Verkehre in den Blick nehmen. Auf der Grundlage von Leitlinien, wie Mobilität für Alle, umwelt- und stadtverträgliche Verkehre oder Wirtschaftsverkehre liegt nun eine Analyse aller regionalen Verkehre, Handlungsansätze und Modellprojekte vor. Die Verbandsversammlung hat beschlossen, dieses Konzept allen Kommunen, Kreisen, Institutionen und Verbänden zur Beteiligung bis zum Sommer 2020 vorzulegen.

Eines der 23 Modellprojekte ist die von uns seit langem geforderte einheitliche Nahverkehrsplanung für das Ruhrgebiet. Dies setzt die Zusammenarbeit der verschiedenen zuständigen Träger und die Übertragung der Aufgabe von den Kommunen an den RVR voraus.

Für das nächste Jahr planen wir eine Konferenz zum Thema „Mehr Mobilität für das Ruhrgebiet“.

---

## Rahmennutzungskonzept Halden – Diskussion in den Kommunen notwendig

---



Die Verwaltung hat das Rahmennutzungskonzept für die spätere Nutzung der 23 Halden der Ruhrkohle AG vorgelegt, welche der RVR erwerben will. Die Übernahme der Halden erfolgt mit dem Ziel, die Freizeitmöglichkeiten vor Ort auszubauen, sie touristisch zu erschließen. Deshalb haben wir den Antrag in die Verbandsversammlung eingebracht, erst einmal das Konzept in den Kommunen und mit den Bürger\*innen zu diskutieren, bevor es beschlossen wird.

Da die CDU Beratungsbedarf angemeldet hat, wird über unseren Antrag erst im Rahmen des Haushaltes am 13.12.2019 abgestimmt werden.

---

## Haushalt des RVR eingebracht

---

Die Verwaltung hat in die Verbandsversammlung einen Doppelhaushalt eingebracht, um wegen der Neuwahlen 2020 Planungssicherheit für das Jahr 2021 zu haben. Begründung: Das Ruhrparlament wird sich erst im Dezember 2020 konstituieren. Eine Verabschiedung des Haushaltes für 2021 wäre dann erst im Frühjahr möglich.

Der Haushalt des Verbandes ist mit seinen Einnahmen von rund 98 Mio. Euro und Aufwendungen in Höhe von 105,6 Mio. Euro im Jahr 2020 im Vergleich zu den Großstädten im Ruhrgebiet sehr überschaubar. Die Beibehaltung des Hebesatzes für die Umlage führt zu Kritik durch die Kommunen. Dabei nimmt die Zahl der Projekte im Interesse der Kommunen bei kaum steigenden Erträgen zu.

Im Rahmen der anstehenden Haushaltsgespräche mit der Regionaldirektorin und den Beigeordneten werden wir uns u.a. mit Fragen der Entfristung von Verträgen, der Umsetzung der Kampagne zur Direktwahl und der Fortführung der Sozialkonferenz auseinandersetzen. Eins steht aber für uns jetzt schon fest: die Mittel für die unbefristete Fortsetzung der Standortmarketingkampagne, die sich an nationale und internationale Entscheider in der Wirtschaft richtet, werden von uns nicht mitgetragen!

---

## Zuschüsse an die Freizeitgesellschaften steigen – Investitionsmittel nicht ausreichend

---

Die Verwaltung hat der Verbandsversammlung die Ergebnisse der Evaluierung der Gesellschafterzuschüsse für die Freizeitgesellschaften vorgelegt. So wird der RVR die Gesellschafterzuschüsse im nächsten Jahr erhöhen. Ein großer Teil der Mittel fließt auf Grund der strukturellen Unterfinanzierung nach Kemnade.

Ziehen die Kommunen bei der Bereitstellung von Investitionsmitteln nach, stehen ab 2020 dann für jede der acht Gesellschaften bis zu 400.000 Euro im Jahr für Investitionen zur Verfügung. Ein richtiger und notwendiger Schritt, der allerdings bei weitem nicht ausreicht. Wie man das Problem des Instandhaltungszustands angehen kann, werden wir im Rahmen der Haushaltsberatungen erneut diskutieren.

---

### Literaturpreis Ruhr wird neu aufgestellt

---

Mit dem Beschluss der Verbandsversammlung über die Neuaufstellung des Literaturpreises Ruhr wird zukünftig ein Ehrenpreis vergeben. Mit ihm sollen Akteure aus dem Literaturbetrieb geehrt werden, die sich in besonderer Weise für die Literatur im Ruhrgebiet engagieren.

Aus Sicht der Fraktion kann der Verband mit der jetzt erfolgten Überarbeitung der Öffentlichkeitsarbeit, der Stärkung der Arbeit des Literaturbüros und des Literatur-Netzwerkes Metropole Ruhr mehr für die Förderung der Literatur leisten. Die Diskussion um die Neuausrichtung dieses Preises geht auf eine Antragstellung der Fraktion DIE LINKE zum Haushalt 2018 zurück. Damals hat die XXL-Koalition die Aufwertung des Preises und die stärkere finanzielle Förderung der Netzwerkarbeit noch abgelehnt.

---

### Europäische Zusammenarbeit wächst – Kooperation mit dem polnischen Verband Metropolis GZM

---

Die Verbandsversammlung hat den Abschluss einer Partnerschaftvereinbarung des RVR mit dem Metropolverbund Górnoslasko-Zaglebiowska Metropolia (Metropolis GZM) begrüßt. Dem polnischen Verband gehören 41 Kommunen der Woiwodschaft Schlesien an. Die Zusammenarbeit soll vor allem der Durchführung von gemeinsamen europäischen Initiativen und Projekten zur Gestaltung des Strukturwandels in den Regionen dienen. Im Verbandsausschuss hat die Fraktion einen Austausch auf der Ebene der Politik thematisiert.

### Neuigkeiten aus den Ausschüssen

---

### Die Fraktion fragt nach – die Verwaltung antwortet

---

#### *Konkurrenzdruck auf die Bäder und Freizeitgesellschaften steigt*

Die Antwort der Verwaltung zu den Veränderungen in der regionalen Bäderlandschaft zeigt, dass der geplante Bau von Bädern in Gelsenkirchen, Bochum, Oberhausen zu einem verstärkten Konkurrenzdruck auf die regionalen Freizeitgesellschaften führt. Gegensteuern könnte ein regionales Bäderkonzept, das von uns seit Jahren gefordert wird. Um hier die Diskussion wiederaufzunehmen, werden wir in die nächste Sitzung des Wirtschaftsausschusses eine Anfrage einbringen, wie über den regionalen Arbeitskreis Bäder Metropole Ruhr ein Leitfadensystem zur Entwicklung der kommunalen Bäderlandschaft entwickelt werden kann.

#### *Schulschwimmen in den Freizeitgesellschaften aus Sicht der Verwaltung nicht umsetzbar*

Aktuell bieten die Freizeitgesellschaften je nach Möglichkeit nur Schwimmkurse an. Das klassische Schulschwimmen ist auf Grund der baulichen Situation, der fehlenden Infrastruktureinrichtungen und der Ausrichtung auf Kursangebote nicht möglich. Eine Ausnahme stellt das Freizeitzentrum Xanten da. Hier wird ein Lehrschwimmbecken für den Unterricht an der Grundschule neu entstehen.

---

### Eigenbetrieb Ruhr Grün – neue Wege gegen das Waldsterben beschreiten

---



Der Fraktion DIE LINKE hat im Zuge der Diskussion über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Ruhr Grün gefordert, mehr Mittel für ökologische Maßnahmen im Wald bereitzustellen bzw. über Förderprogramme zu akquirieren.

Außerdem hat die Fraktion beantragt, im nächsten Jahr ein Modellprojekt zur Erstellung einer auf Geodaten basierende Vitalitätskartierung von Wäldern und Grünflächen zu starten. So sollen der RVR und die Mitgliedskommunen einen genauen Überblick über den Zustand der Wälder und Freiflächen, die Größe und Verteilung von Schäden erhalten, um schneller Gegenmaßnahmen entwickeln zu können.



---

**Einheitlicher Nahverkehrsplan Ruhr wichtiger Schritt  
DIE LINKE im RVR fordert massiven Ausbau des ÖPNV**

---

**10.09.2019**

DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) begrüßt das gestern vorgestellte Mobilitätskonzept des Regionalverbandes Ruhr (RVR) ausdrücklich. In dem Konzept sind sehr viele gute und richtige Ansätze aufgeführt, die schon seit langer Zeit Forderungen der Linken sind. Die Fraktion DIE LINKE im RVR unterstützt dieses Konzept, welches als ersten Schritt den Vorschlag enthält, dass die Kommunen dem RVR die Erarbeitung eines einheitlichen Nahverkehrsplans übertragen.

Olaf Jung, Mitglied im Fraktionsvorstand DIE LINKE im RVR dazu: „Ein einheitliches Konzept aus einem Guss für eine städteübergreifende Verkehrsplanung ist seit langem überfällig. Der ÖPNV im Ruhrgebiet muss deutlich attraktiver werden, um als Alternative auch von mehr Bürger\*innen angenommen zu werden. Das Konzept ist ein guter Anfang, muss aber zu einem massiven Ausbau des ÖPNV und einer einheitlichen Verkehrsgesellschaft für die Kommunen im Ruhrgebiet weiterentwickelt werden. Ohne grundsätzliche Reformen der kommunalen Verkehrsbetriebe, ihrer Organisation und ihrer Strukturen wird der Anteil des Nahverkehrs an der Gesamtmobilität im Ruhrgebiet nicht auf ‚Metropolstandard‘ gesteigert werden können.“ ...

Olaf Jung weiter: „Die Stadt Wien und andere Metropolen sind hier Vorreiter und Vorbilder in Sachen Personennahverkehr, Vernetzung und dichte verzahnte Taktzeiten, aber auch in der günstigen Preisgestaltung der Tarife. In der Konsequenz nutzen durch die attraktive Gestaltung mehr als 40% der Wiener\*innen den ÖPNV. Im Bundesschnitt in den Metropolen liegt der Anteil der ÖPNV-Nutzer\*innen hingegen nur bei 20% und im Ruhrgebiet sogar nur bei 10%. Ein erstes Ziel muss also die Steigerung der Nutzung in der Metropole Ruhr auf den Bundesstandard von 20% sein.“

---

**CDU im RVR hat keine Position zum Ganzttag  
Diskussion zu Positionspapier Ganzttagsschulen erneut verschoben**

---

**20.9.2019**



Bereits zum zweiten Mal wurde im Kultur- und Sportausschuss (KSA) in der Sitzung vom 19. September 2019 auf Antrag der CDU-Fraktion im Regionalverband Ruhr (RVR) eine Diskussion über den gemeinsam vom RVR mit Bildungsexpert\*innen, den Ruhrgebietskommunen, Lehrer\*innen- und Elternverbänden erarbeiteten Entwurf des Positionspapiers „Guter Ganzttag in der Primarstufe in der Bildungsregion Ruhr“ auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben.

Binali Demir, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im RVR im KSA dazu: „Schon im Mai sollte der Ausschuss das Positionspapier diskutieren und beschließen, um es in die Ruhrkonferenz zum Thema Bildung einzuspeisen. Mit Schützenhilfe von SPD und Grünen konnte die CDU nun zum zweiten Mal das Thema von der Tagesordnung des Ausschusses nehmen. Diese Blockade des Themas

durch die CDU zeugt von Ignoranz gegenüber allen engagierten Beteiligten, die zur Verbesserung der Schulsituation beitragen wollen und ist eine Unverschämtheit. Dabei sagt der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Landesregierung, dass die Offene Ganzttagsschulen ausgebaut und qualitativ gestärkt werden soll.“

...

Binali Demir weiter: „Es scheint so, als wolle man die CDU- und FDP-Landesregierung in der Ruhrkonferenz mit den Forderungen des Papiers nicht konfrontieren und sie aus der Schusslinie nehmen. Die guten Vorschläge zur Aufwertung der Bildungsregion Ruhr werden viel Geld kosten, sind aber wichtig für die Region und werden breit unterstützt.“

---

Alle vollständigen Pressemitteilungen und weitere Informationen sind unter [DIE LINKE. im RVR](#) zu finden.

**DIE LINKE im Regionalverband RUHR (RVR) jetzt auch bei Facebook:  
@DieLinke.RVR**

*Hinweis zum Abonnement des Newsletters der Fraktion DIE LINKE im RVR:*

*Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, senden Sie bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an die [dielinke@rvr-online.de](mailto:dielinke@rvr-online.de).*

**Impressum:**

DIE LINKE im RVR, V.i.S.d.P. Heike Kretschmer, Kronprinzenstraße 35; 45128 Essen

Telefon: (0201) 2069-325 Fax: (0201) 2069-334

Email: [dielinke@rvr-online.de](mailto:dielinke@rvr-online.de) Internet: [www.dielinke-rvr.de](http://www.dielinke-rvr.de)